

Ukraine dringt auf Finanzhilfen zur Abwehr neuer Energiekrise

# Kiew hat kein Geld, um Gasrechnung zu begleichen

Die Ukraine sucht verzweifelt nach Wegen, um eine neuerliche Gaskrise abzuwenden. Der stellvertretende ukrainische Ministerpräsident Grigorij Nemyria appellierte gestern bei einem Besuch in Brüssel an den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die EU, Finanzhilfen für sein Land freizugeben.

Kiew wisse nicht, wie es eine am Freitag fällige Gasrechnung aus Russland bezahlen solle, sagte Nemyria.

„Die Ukraine steht vor der Wahl, Russland für sein Gas oder die Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst zu bezahlen.“

Die EU-Kommission hatte in der vergangenen Woche vorgeschlagen, der Ukraine einen Notkredit bis zu 500 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das Darlehen, das noch von den EU-Finanzministern bewilligt werden muss, wird nach Darstellung Nemyrias aber frühestens zum Jahresende fließen.

## Appell an europäische Solidarität

Der ukrainische Vize-Ministerpräsident äußerte die Hoffnung, dass der IWF bald die zweite Tranche eines für Kiew geschnürten Hilfspakets freigeben werde. Die Ukraine hat bereits einen IWF-Kredit über 11 Milliarden Dollar erhalten, der Währungsfonds macht die Freigabe der verbleibenden 16,4 Milliarden Dollar aber von politischen Reformen abhängig.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin hat vor die-



AFP-Foto/Sergei Supinsky

Nach dem Eingeständnis der Ukraine dürfte das Problem zu lösen sein

sem Hintergrund gefordert, die EU sollte der Ukraine einen Kredit von mindestens einer Milliarde Dollar gewähren.

Moskau hatte Kiew im vergangenen Winter im Streit über unbezahlte Rechnungen den Gas-

hahn zugedreht. Da ein Großteil der europäischen Erdgasimporte aus Russland über die Ukraine fließen, führte der Lieferstopp auch in der EU zu Versorgungsengpässen.

„Dies ist ein europäisches Pro-

blem, das eine europäische Lösung erfordert“, sagte Nemyria. Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Weltbank hatten der Ukraine im Som-

mer Kredite in Höhe von insgesamt 1,7 Milliarden Euro zugesagt, die nach Angaben des ukrainischen Vize-Regierungschefs bislang aber nicht ausgezahlt wurden. Auch diese Kredite waren an Reformen geknüpft.

Abschiedsbrief an die BBC: Britisches Ehepaar wollte „guten Tod“

## Freitod im Rampenlicht

Von unserer Korrespondentin Anna van Ommen, London

Sterbehilfe ist in Großbritannien verboten. Damit wollte sich das Ehepaar Milner nicht zufrieden geben. Bevor sich die Senioren das Leben nahmen, schrieben sie einen offenen Brief an die BBC, in dem sie das Recht auf einen würdevollen Tod einfordern.

„Weihnachten sind wir nicht hier“, hatten Dennis (83) und Flora (81) ihren Kindern versichert. Anfang November schickte das Ehepaar seinen Abschiedsbrief an die BBC. Als die Rundfunkanstalt das Schreiben erhielt, waren die Milners bereits tot.

Der Brief war als Kritik am geltenden System in Großbritannien gedacht, das Euthanasie verbietet. Während immer mehr Briten eine legale Sterbehilfe bei der Schweizer Dignitas-Klinik wählen, kämpften die Milners seit Jahren um das Recht, selbst zu bestimmen, wann und wo sie ihr Leben beenden.

## Selbstbestimmung als Menschenrecht

In dem zum Teil handschriftlich verfassten Brief erklärten die Senioren, sie wollten ihr „Leben in Frieden beschließen“. Die Veröffentlichung sollte das „schwere Dilemma“ aufzeigen, das Men-

sch in Großbritannien daran hindere, ihr Leben auf legale Weise im Kreis ihrer Familie zu beenden.

„Wir sind an einem Punkt angelangt, wo selbst die besten Behandlungsmöglichkeiten und Pflege keine gewünschte und akzeptable Lebensqualität bieten können“, schrieben die Milners aus Newbury.

Tochter Chrissy wusste von den Plänen ihrer Eltern und respektierte ihre Wünsche.

Sie erklärte gegenüber der BBC, ihre Eltern wollten nicht zu alt und gebrechlich werden, um für sich selbst zu sorgen: „Sie haben immer gesagt, sie wollten einen positiven Tod, einen guten Tod.“

## Furcht vor Leiden im Alter

Im Gegensatz zu über hundert Briten, die bereits Sterbehilfe in der Schweiz genutzt haben, waren die Milners weder schwer erkrankt noch behindert. Das Ehepaar unterstützte die Organisation „Dying in Dignity“ (In Würde sterben), die sich für eine Gesetzesänderung in Großbritannien einsetzt.

Leiterin Sarah Wootton erklärte, der Selbstmord zeige „die Angst vieler Menschen vor einem unnötigen Leiden am Lebensende und ein Fehlen abgesicherter Möglichkeiten, die einige zu drastischen Schritten führt“. „Dying in Dignity“ befürwortet

ein Programm, das Menschen im Vorfeld entscheiden lässt, wie und wann sie ihr Leben beenden.

## Selbst Oberstes Gericht ist ratlos

Sterbehilfe wird in Großbritannien mit 14 Jahren Haft bestraft. In der Praxis kommt es jedoch selten zur strafrechtlichen Verfolgung.

Die an Multipler Sklerose erkrankte Debbie Purdy (45) wollte es genau wissen und ging vor das Oberste Gericht. Sie wollte sicherstellen, dass ihr Lebensgefährte nichts zu befürchten hätte, sollte er ihr bei der Reise zu einer Sterbehilfe-Klinik helfen. Der Gerichtshof konnte Purdy keine klare Antwort geben und verwies die Frage stattdessen ans Parlament.

Doch Justizminister Jack Straw hat nicht die Absicht, das Gesetz zu ändern. Unterdessen hat die oberste Rechtsbehörde jedoch Richtlinien erstellt, die es Hinterbliebenen erleichtern, Klarheit über mögliche Strafverfolgungen zu erhalten.

Dass sich die Einstellung zu dem brisanten Thema in Großbritannien wandelt, zeigt auch die offizielle Haltung des „Royal College of Nursing“. Die Krankenpfleger-Vereinigung ist die erste wichtige medizinische Institution des Landes, die Sterbehilfe nicht mehr kategorisch ablehnt, sondern sich inzwischen „neutral“ verhält.

Bulgarien: après la chute du communisme

## Le trafic de drogue de l'Etat a été „privatisé“ après 1989

Les réseaux de contrebande de drogue et d'armes exploités par l'Etat bulgare n'ont pas disparu avec la chute du communisme en 1989 mais ont plutôt été „privatisés“ depuis, selon un nouveau livre basé sur des archives inédites des services secrets du régime communiste bulgare.

„L'écroulement du communisme n'a pas exactement mis fin à la contrebande contrôlée par l'Etat. Les changements politiques ont plutôt mené à une 'privatisation' des routes du trafic“, écrit le journaliste d'investigation Hristo Hristov dans son livre „L'empire des entreprises commerciales communistes“ publié récemment.

## Afin de se procurer des devises

Selon lui, l'Etat communiste et les services secrets de l'époque avaient eux-mêmes monté des réseaux de trafic impliquant des sociétés offshore afin de „gagner des devises étrangères convertibles“. Ainsi le régime avait notamment fait produire des drogues de synthèse, qui étaient revendues ensuite au Proche-Orient, selon les archives des services du renseignement ouverts l'an dernier aux journalistes.

Le livre fait notamment état des deux principales entreprises pharmaceutiques bulgares de l'époque, Pharmachim et l'Enter-

prise chimico-pharmaceutique de Sofia, qui „ont signé un contrat de production de (la drogue de synthèse) captagone“.

Selon un autre document datant de 1978, les plus hautes autorités exigeaient le recours à de telles entreprises écran „pour éviter que l'Etat bulgare soit compromis“.

Le journaliste cite le cas d'Ismet Shaban, immigré syrien en Bulgarie et collaborateur des services secrets, qui a organisé en 1981 le premier trafic de drogues synthétiques qu'il se procurait dans l'ex-Allemagne de l'Ouest pour les faire passer au Proche-Orient via la Bulgarie.

Son fils, Fatik, a repris ces activités et passait pour l'une des figures-clés du trafic d'amphétamines. Après son assassinat à Sofia en 2003, les enquêteurs l'ont soupçonné de trafic d'amphétamines illégalement produites en Bulgarie, raconte également le journaliste.

Selon un autre document cité dans le livre, il existait, avant 1989, une unité spéciale au ministère de l'Intérieur baptisée „Activité majeure de contrebande et de devises“ ayant pour tâche le contrôle des livraisons d'armes et de drogues.

Le commerce était si florissant que deux agents avaient été affectés au principal poste-frontière bulgare-turc de Kapitan-Andreevo en 1985 pour veiller au passage sans difficultés des véhicules de contrebande.